



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Berlin, 16. Januar 2012
Redaktion: Johannes Nehlsen

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 582
antje.tillmann.ma03@bundestag.de

**Stellv. Vorsitzende des
Finanzausschusses**

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

Tillmann: Nicht Carius, sondern SPD blockiert Gebäudesanierung

Überrascht zeigt sich die CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann über die jüngsten Äußerungen des Thüringer Wirtschaftsministers zur energetischen Gebäudesanierung. Dieser hatte zuvor ein eigenes Landesprogramm gefordert und Bauminister Christian Carius mangelndes Engagement vorgeworfen.

Tillmann verweist auf die aktuellen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss:

„Die verstärkte Förderung der energetischen Gebäudesanierung scheitert an der Blockadehaltung der Bundes-SPD und einigen SPD-geführten Ländern im Vermittlungsausschuss. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hat für Thüringen wiederholt erklärt, den Landesanteil an der steuerlichen Abzugsfähigkeit bei der Gebäudesanierung zu tragen und dem Bundesantrag zuzustimmen. Es macht deshalb keinen Sinn, in Thüringen im Alleingang ein eigenes Programm aufzulegen, bevor die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern abgeschlossen sind“, so Tillmann, die als Mitglied im Vermittlungsausschuss an den Verhandlungen beteiligt ist.

Der Deutsche Bundestag hatte bereits im Juni das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden beschlossen. Neben den bereits bestehenden Sanierungsprogrammen der KfW in Höhe von 1,5 Mrd. Euro soll die Gebäudesanierung noch einmal mit dem gleichen Betrag gefördert werden, wovon der Bund 638 Mio. Euro tragen will. Da der Bundesrat das Gesetz abgelehnt hat, befindet es sich zur Zeit im Vermittlungsausschuss.



Am 8. Februar findet die nächste Verhandlungsrunde statt. Bis dahin werden in verschiedenen Gesprächen zwischen Bund und Ländern Einigungsmöglichkeiten ausgelotet.

„Die CDU steht zu ihren finanziellen Zusagen und ist auch kompromissbereit, was inhaltliche Fragen anbelangt. Statt in Thüringen wieder in Aktionismus zu verfallen, hat der Wirtschaftsminister jetzt die Chance, seine SPD-Kollegen zu überzeugen, am 8. Februar dem Gesetz zuzustimmen und damit auch in Thüringen die energetische Gebäudesanierung steuerlich attraktiver zu machen“, so die Bundestagsabgeordnete abschließend.